



Arbeitsplatzeffekte der Lausitzer Braunkohlewirtschaft

Teile der Region Lausitz sind noch immer stark von der Braunkohlewirtschaft geprägt. Angesichts eines absehbar deutlichen Rückganges der Braunkohleverstromung in den nächsten Jahrzehnten ist die Diskussion über den Strukturwandel in der Lausitz von besonderer Aktualität.

Für eine sachliche Diskussion ist es wichtig, dass der Diskussion über Lösungsmöglichkeiten eine realistische Größenordnung des Problems zugrunde gelegt wird. Das wird jedoch erschwert durch zahlreiche interessengeleitete Versuche,

die Arbeitsplatzeffekte der Lausitzer Braunkohlewirtschaft überhöht anzugeben.

Die Vielzahl unterschiedlicher Studien, Berechnungsmethoden oder Betrachtungsräume und die meist nicht transparente Datengrundlage lassen letztlich kaum nachprüfbar Aussagen zur Beschäftigungswirkung der Braunkohlewirtschaft zu. Dennoch möchte dieses Hintergrundpapier eine sachliche Diskussionsgrundlage schaffen, die es ermöglicht die verfügbaren Angaben einzuordnen und kritisch zu hinterfragen.

Inhaltsverzeichnis

	Zusammenfassung	3
1.	Gutachten der Brandenburgischen Landesregierung	4
2.	Kritik an den Zahlen der Landesregierung	5
3.	Fachkräftemangel und Altersstruktur	6
4.	Gutachten der Kohlewirtschaft: Undurchsichtige Rechenmodelle	6
5.	Statistiken der Kohlewirtschaft	7
6.	Gutachten der „Wirtschaftsinitiative Lausitz“	8
7.	Wie gut bezahlt ist welcher Arbeitsplatz?	9
8.	Auslaufen des Tagebaues Cottbus-Nord	9
9.	Sparprogramme der Unternehmensleitung	9
10.	Gipsindustrie an den Kraftwerksstandorten	10

Zusammenfassung

Der absehbare Rückgang der Braunkohleverstromung stellt eine Herausforderung für den weiteren Strukturwandel in der Region Lausitz dar. Statt Panikmache sollte jedoch eine nüchterne Analyse erfolgen.

Im Auftrag der Braunkohlewirtschaft erstellte Arbeitsplatz-Gutachten haben bei der Modellierung indirekter und induzierter Effekte eine geringe Glaubwürdigkeit, bilden aber bisher die Grundlage der politischen Diskussion. Auch Branchenstatistiken der Kohlewirtschaft erleichtern teilweise Fehlinterpretationen im Sinne zu hoher Arbeitsplatzzahlen.

Die Prognos AG hat im Auftrag der Landesregierung festgestellt: Selbst bei einem Neubau des Großkraftwerkes in Jänschwalde werden die direkten und indirekten Arbeitsplatzzahlen der Braunkohleverstromung in Brandenburg von 10.300 im Jahr 2010 auf dann maximal 5890¹ im Jahr 2030 sinken. Ein Rückgang der Kohle-Beschäftigten kann also auch nicht durch Bekenntnisse der Region zur Braunkohle aufgehalten werden.

Auch im Szenario ohne Kraftwerk Jänschwalde hat eine auslaufende Braunkohlewirtschaft im Jahr 2030 noch beachtliche Arbeitsplatzeffekte. Die anstehenden Entscheidungen zur Zukunft des Kraftwerksstandortes Jänschwalde beeinflussen nach diesen Zahlen die Zukunft von maximal 3.250 direkten und indirekten Arbeitsplätzen in Brandenburg. Das ist etwa ein Zehntel dessen, was von Politikern teilweise in diesem Zusammenhang

kommuniziert wird. Aufgrund begründeter Kritik an fehlender Transparenz und am Einfluss des Bergbauunternehmens auf die Datengrundlage der Berechnungen besteht die Möglichkeit, dass die wirklichen Zahlen noch geringer sind.

Gleichzeitig haben die Beschäftigten des Braunkohlebergbaus einen hohen Altersdurchschnitt. Der bereits vorhandene Fachkräftemangel wird in den kommenden Jahren auch in der Lausitz die Größenordnung der heutigen Braunkohlewirtschaft übersteigen. Damit wären die Auswirkungen eines schrittweisen Braunkohle-Ausstieges in der Lausitz bei Weitem nicht mit den Strukturbrüchen der 1990er Jahre und der folgenden Massenarbeitslosigkeit und Massenabwanderung vergleichbar. Heute in der Kohlewirtschaft Beschäftigte werden kaum zu Abwanderung oder Arbeitslosigkeit gezwungen sein, sondern ganz überwiegend in den Ruhestand oder andere Beschäftigungsverhältnisse wechseln können. Dennoch dürften sich nicht alle Auswirkungen im Selbstlauf regulieren. Das Braunkohleunternehmen steht gemeinsam mit Bundes- und Landespolitik in der Verantwortung, den Prozess schrittweise und für die Betroffenen planbar auszugestalten. Je eher dabei Klarheit über Reihenfolge und Zeitpunkt der einzelnen Schritte, etwa der Außerbetriebnahme einzelner Kraftwerksblöcke herrscht, umso besser kann dies gelingen.

Wirtschaftsforscher empfehlen, die Diversifizierung der regionalen Wirtschaftsstruktur in der Lausitz voranzutreiben, also kleinteilige Vielfalt besonders zu unterstützen.

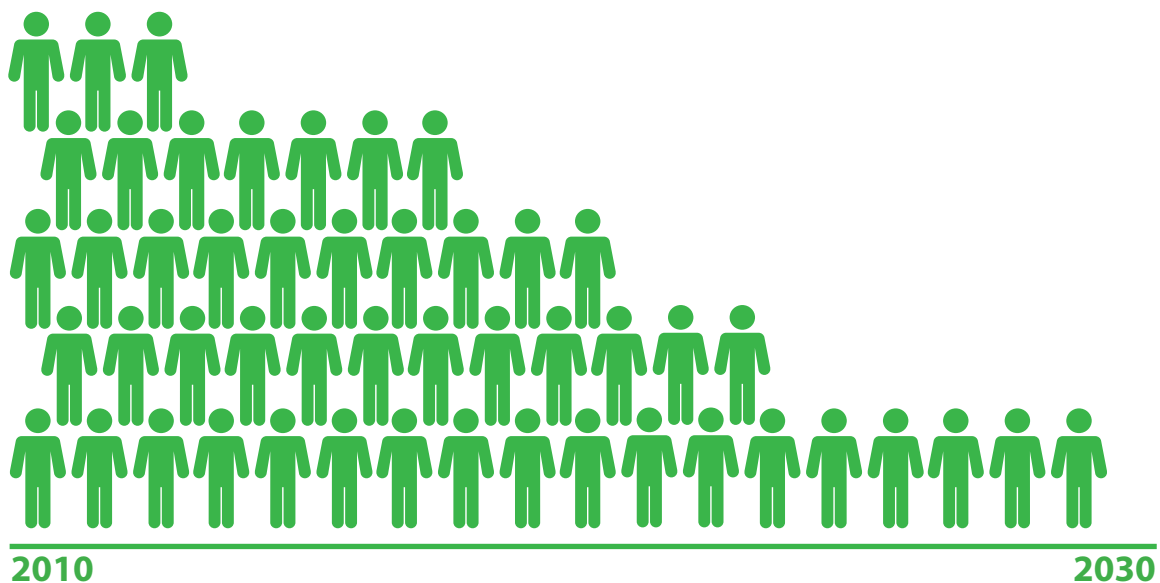
1. Gutachten der Brandenburgischen Landesregierung

Entscheidend für politische Weichenstellungen über neue Tagebaue oder Kraftwerke sind nicht die Zahlen der Vergangenheit oder Gegenwart. Vielmehr müssen plausible Prognosen für eine Entwicklung mit oder ohne das jeweilige Projekt verglichen werden. So selbstverständlich dieser Grundsatz sein sollte, so wenig wurde er in der Lausitz bisher beachtet. Von 2007 bis 2011 fand die öffentliche Debatte über neue Tagebaue gänzlich ohne solche Prognosen statt. Bis heute sind die im Jahr 2012 vorgelegten Prognosen der Öffentlichkeit nahezu unbekannt. Damit fehlt

eine wesentliche Grundlage für eine sachliche Auseinandersetzung.

Bei der Erstellung der Energiestrategie 2030 legte die brandenburgische Landesregierung die drei Szenarien a, b und c fest, für die Beschäftigungseffekte prognostiziert werden sollten. Die genauere Definition dieser Szenarien ist in ATK 2011 auf S. 33 nachlesbar. Prognostiziert wurden sowohl direkte, als auch indirekte Effekte. Bei indirekten Effekten handelt es sich um Arbeitsplätze, die durch Vergabe von Aufträgen (Vorleistungen) durch die Braunkohlewirtschaft entstehen. Die Ergebnisse sind in Tabelle 1 wiedergeben.

Sinkende Bedeutung der Braunkohle für den Arbeitsmarkt

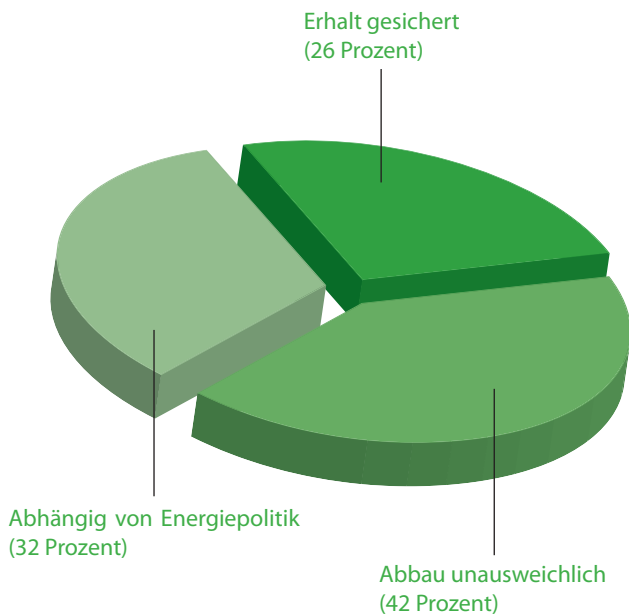


	Direkt (ohne kommunale Heizkraftwerke ²)	Indirekt (maximal, inklusive Großinvestitionen)	Summe
2010 Ist	6.090	4.030	10.120
2030 Szenario a (Außerbetriebnahme des Kraftwerkes Jänschwalde)	1.710	930	2.640
2030 Szenario b (Neubau eines herkömmlichen Kraftwerkes)	3.390	1.900	5.290
2030 Szenario c (Neubau eines Kraftwerkes mit CO ₂ -Abscheidung und Verpressung an einem nicht genannten Ort)	3.730	2.160	5.890

Tabelle 1: Arbeitsplatzprognosen zu den Szenarien der Energiestrategie 2030 des Landes Brandenburg nach PROGNOSE (2012)

Es zeigt sich, dass selbst bei einem Neubau des Großkraftwerkes in Jänschwalde die Arbeitsplatzeffekte der Braunkohleverstromung in Brandenburg bis zum Jahr 2030 um mehr als 4000 Beschäftigte zurückgehen. Auch im Szenario (a) ohne Kraftwerk Jänschwalde sichert eine auslaufende Braunkohlewirtschaft (Verstromung im Kraftwerk Schwarze Pumpe) im Jahr 2030 noch beachtliche Arbeitsplatzeffekte. Die Differenz zwischen Szenario a und c macht deutlich: Von den im Jahr 2010 vorhandenen direkten und indirekten Arbeitsplätzen ist weniger als ein Drittel (3.250, entspricht 32%) von den energiepolitischen Weichenstellungen abhängig. Dagegen werden 42 % in jedem Fall abgebaut, 26% bleiben in allen Szenarien erhalten. Sieht man einen Kraftwerksneubau mit CO₂-Abscheidung und -verpressung als nicht realistisch an, erhöht sich der unvermeidbare Abbau auf 48%.

Braunkohle-Arbeitsplätze in Brandenburg:



Hinzuweisen ist darauf, dass hier die Zahl der 2010 in Brandenburg direkt Beschäftigten nach dem Arbeitsort angegeben ist. Nach Wohnort beträgt sie laut PROGNOSES 2011 (S. 29) zum gleichen

Zeitpunkt lediglich 4860. Die Differenz dürfte fast vollständig auf Pendler aus Sachsen zurückgehen. Der Wohnort ist insbesondere für die Einkommenssteuer erheblich.

Zur Einordnung der Zahlen: Im brandenburgischen Teil der Lausitz bestanden nach Angaben des Ifo-Institutes Dresden im Jahr 2012 insgesamt 167.995 Arbeitsplätze, in der gesamten Lausitz 351.038. (Ifo 2013 S. 61)

2. Kritik an den Zahlen der Landesregierung

Indirekte Effekte werden auch für Vergangenheit und Gegenwart nicht gezählt, sondern über Rechenmodelle aus dem Auftragsvolumen errechnet. Das führt zu relativ geringer Transparenz und hoher Manipulationsanfälligkeit solcher Zahlen. Das gilt insbesondere deshalb, weil die Braunkohlewirtschaft selbst die Kontrolle über die Datengrundlage solcher Gutachten hat.

Auch die Prognos AG war sowohl mehrfach in der Vergangenheit für die Braunkohlewirtschaft (2005 für Vattenfall; 2007 für EUROCOAL), als auch direkt während des Zeitraums der Fortschreibung der brandenburgischen Energiestrategie für Vattenfall tätig. Dabei wurden Aussagen im Sinne der Braunkohlewirtschaft abgegeben. (Prognos 2011) An der im Grunde gleichzeitigen Beauftragung zur Fortschreibung der Energiestrategie des Landes Brandenburg gab es öffentlich Kritik³. Mit großer Wahrscheinlichkeit konnte Prognos nur deshalb gegenüber der Landesregierung das wirtschaftlichste Angebot abgeben, weil die kurz zuvor für Vattenfall erstellte Studie als wesentliche Datengrundlage genutzt wurde⁴. Zudem stammen wesentliche Berechnungsgrundlagen aus dem für Vattenfall bearbeiteten Auftrag:

„Als Basisjahr wird das Jahr 2010 gewählt, da der Prognos AG aus der Studie „Bedeutung der Braunkohle für Ostdeutschland“ für dieses Jahr sehr detaillierte Daten (...) aus Unternehmensangaben (...) vorliegen.“ (Prognos 2012, S. 51)

Ob die Braunkohlenunternehmen diese Daten

sowie die „unternehmenseigenen Personalstatistiken“ (Prognos 2011, S. 13) auch Gutachtern zur Verfügung stellen würden, die nicht von ihnen selbst beauftragt wurden, ist nicht bekannt. Es ist daher fraglich, ob eine tatsächlich unabhängige Überprüfung der Ergebnisse überhaupt möglich ist. Das ifo-Institut weist allgemein auf methodische Grenzen der Ermittlung indirekter Effekte hin:

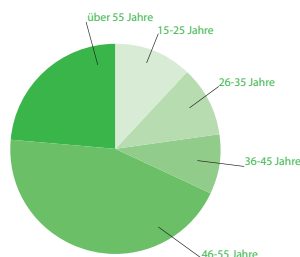
„Zu beachten ist, dass die ausgewiesene indirekte Beschäftigung rein rechnerischer Natur ist. Schlussfolgerungen bezüglich ökonomischer Wirkungszusammenhänge lassen sich hieraus nur bedingt ableiten.“ (ifo 2013 S. 67)

3. Fachkräftemangel und Altersstruktur

Prognosen zufolge wird die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter in der Lausitz bis zum Jahr 2030 um 36 % zurückgehen. Gleichzeitig bleibt der Arbeitskräftebedarf relativ konstant. (ifo 2013 S. 90 ff.) Der daraus resultierende Fachkräftemangel liegt in seiner Größenordnung auch in der Lausitz weit über den Zahlen der Braunkohlewirtschaft. Das bedeutet, es wäre mit enormen Schwierigkeiten verbunden, für die heutigen Beschäftigtenzahlen der Braunkohlewirtschaft überhaupt geeignete Arbeitskräfte zu finden. Die „Statistik der Kohlewirtschaft“ offenbart zudem, dass große Teile der Belegschaft in den nächsten Jahren das Rentenalter erreichen werden. Das Durchschnittsalter im Braunkohlenbergbau ist seit 1991 kontinuierlich angestiegen von damals 37,2 Jahre auf 46,0 Jahre Ende 2013. Zu diesem Zeitpunkt sah die Verteilung folgendermaßen aus:

Altersstruktur im deutschen Braunkohlenbergbau

Altersgruppe	Anteil
15-25 Jahre	12,10 %
26-35 Jahre	10,69 %
36-45 Jahre	9,41 %
46-55 Jahre	44,31 %
Über 55 Jahre	23,48 %



Quelle: Statistik der Kohlewirtschaft⁵

4. Gutachten der Kohlewirtschaft: Undurchsichtige Rechenmodelle

In der öffentlichen Debatte um die Braunkohlennutzung haben bisher vor allem die Gutachten der Prognos AG eine Rolle gespielt, welche die Braunkohlewirtschaft selbst in Auftrag gegeben hat. Das im Auftrag von Vattenfall 2005 entstandene Gutachten „Energie- und regionalwirtschaftliche Bedeutung der Braunkohle in Ostdeutschland“ wurde im April 2006 veröffentlicht. Im Jahr 2011 folgte das Gutachten „Bedeutung der Braunkohle in Ostdeutschland“ im Auftrag von Vattenfall in Zusammenarbeit mit der Mitteldeutschen Braunkohle AG (MIBRAG). Sie betrachten Arbeitsmarkteffekte des Lausitzer und des Mitteldeutschen Braunkohlenreviers. Dabei werden zusätzlich zu den durch Auftragsvergabe bedingten indirekten auch sogenannte „induzierte Arbeitsplätze“ aufgeführt, die durch die Konsumausgaben der direkt und indirekt Beschäftigten gesichert seien. Die dazu verkündeten Zahlen sind in der folgenden Tabelle dargestellt:

Widersprüchliche Aussagen über Arbeitsplatzeffekte

	direkt	indirekt	induziert	Summe
Prognos 2005				
Stichtag 31.12.2004	10.172	10.622	2.775	23.569
Prognos 2011				
Stichtag 31.12.2010	11.180 ⁶	16.790	5.535	33.505

Tabelle 3: Ergebnisse zweier Gutachten für ganz Ostdeutschland (inklusive mitteldeutsches Revier) im Auftrag der Braunkohlewirtschaft

War die Botschaft der 2005er Studie noch, dass jeder direkte Braunkohle-Arbeitsplatz 1,3 weitere sichere, lag dieses Verhältnis nur sechs Jahre später deutlich höher. Die beiden Gutachten geben dabei keine Erklärung für diese imposante (angebliche) Entwicklung. So stellt etwa Dr. Christina Deckwirth von LobbyControl fest:

„Ein Wachstum von fast 10.000 Arbeitsplätzen, eine Steigerung von 42 % innerhalb weniger

Jahre? Und das, obwohl die Berechnung nicht verändert wurde und der Einkommensmultiplikator, der für die Berechnung der induzierten Arbeitsplätze relevant ist, sogar leicht gesunken ist. Ein solch sprunghaftes Wachstum ist erklärungsbedürftig. Doch wie es zu dem angeblichen Arbeitsplatzboom kam, lässt sich auf Basis der beiden Studien nicht nachvollziehen.“⁷

Die Zahlen sind umso verwunderlicher, wenn man beachtet, dass in der offiziellen „Statistik der Kohlenwirtschaft“ zwischen 2004 und 2010 sowohl die Beschäftigtenzahlen als auch die Kohleförderung gesunken sind.

Das zeigt, wie manipulationsanfällig Modellrechnungen zu indirekten und induzierten Effekten offensichtlich sind. Es stellt sich die Frage, ob hier die politische Vorgabe erfüllt wurde, noch höhere Arbeitsplatzzahlen zu präsentieren.

Dabei stand bereits das Prognos-Gutachten aus dem Jahr 2005 unter Manipulationsverdacht:

„Als die PROGNOSE AG 2005 im Auftrag von Vattenfall die Arbeitsmarkteffekte des Kraftwerksneubaus in Boxberg bewertete, wurden 1000 Arbeitsplätze in der 4-jährigen Bauphase also „4000 Personenjahre“ vorhergesagt. Als Umweltaktivisten 2007 auf dem Baugelände protestierten, sprach Vattenfall noch von „weit über 300“ Leuten auf der Baustelle. In der politischen Diskussion hatte Vattenfall also dreimal so viele Bauleute vorhergesagt, als bei einer Stichprobe bestätigt werden konnten.“⁸

Obwohl die Interessen der Auftraggeber offensichtlich sind und die Widersprüche bisher nirgends erklärt wurden, haben die Zahlen von Prognos 2011 Eingang in zahlreiche Veröffentlichungen gefunden und bilden wie oben erwähnt die Datengrundlage für Prognos 2012 und damit für die Entscheidungen der Landesregierung Brandenburg zur Energiestrategie 2030 wie auch zum Braunkohlenplan Welzow-Süd II.⁹

Die Rechenmodelle zur Ermittlung zusätzlicher

(durch Konsumausgaben der Beschäftigten) induzierter Effekte kritisiert das ifo-Institut:

„Derartige Effekte können ausschließlich in Modellen auftreten, in der von Unterbeschäftigung ausgegangen wird (wie z. B. in einer keynesianischen Modellwelt). Zusätzliche Produktion generiert in dieser Perspektive zusätzliches Einkommen und Beschäftigung. In Modellen mit Preisanpassungen (z.B. neoklassische Modelle) sind solche Effekte dagegen nicht zu erwarten (...). So lässt sich ex ante nicht mit Gewissheit bestimmen, ob Beschäftigte eines Sektors nicht auch in anderen Sektoren ebenfalls einen Arbeitsplatz finden würden. Dann ergäbe sich keine Einkommensänderung im Falle der kontrafaktischen Situation; folglich bestünden keinerlei induzierten Effekte. Zudem ist aufgrund sozialer Sicherungssysteme (z. B. Arbeitslosengeld) kaum zu erwarten, dass der Konsum eines arbeitslos werdenden Beschäftigten gänzlich entfele. Die zentralen Annahmen bei der Berechnung induzierter Effekte müssen daher generell kritisch hinterfragt werden.“
(IFO 2013, S. 67 f.)

5. Statistiken der Kohlewirtschaft

Der Deutsche Braunkohle Industrie Verein (DEBRIV) publiziert als Branchenverband regelmäßig im Internet Fördermengen und Arbeitsplatzzahlen. Statistiken über längere Zeiträume sind dabei ausgelagert in die Seite „Statistik der Kohlenwirtschaft“. (www.kohlenstatistik.de) Ruft man dort die Tabelle „Beschäftigte“ ab, erhält man beispielsweise für das Lausitzer Braunkohlerevier im Jahr 2013 die Zahl 8.369. Aber ist diese Zahl aussagefähig in Diskussionen um Energiepolitik und Strukturwandel in der Lausitz?

Man sollte Folgendes beachten:

- Zunächst einmal müssen 418 Lausitzer Beschäftigte der LMBV abgezogen werden. Diese bundeseigene Gesellschaft saniert die stillgelegten DDR-Tagebaue auf Kosten des

- Steuerzahlers. Sie hat also mit der aktuellen oder künftigen Kohleförderung nichts zu tun. Dass sie dennoch in der Statistik der Kohlenwirtschaft enthalten ist, erkennt man nur, wenn man außerdem den aktuellen Monatsbericht des DEBRIV anschaut, wo die Unternehmen getrennt aufgelistet sind.
- Es verbleiben die Beschäftigten der Vattenfall Europe Mining & Generation. Teil der Kraftwerkssparte „Generation“ sind jedoch auch Kraftwerke außerhalb der Lausitz, insbesondere der Anteil Vattenfalls am Kraftwerk Lippendorf im Mitteldeutschem Revier sowie 11 Wasserkraftwerke (Goldisthal, Hohenwarte u.a.) sowie zwei Gasturbinenkraftwerke¹⁰. Von Weiterführung oder Aufschluss von Tagebauen in der Lausitz sind diese Arbeitsplätze völlig unabhängig. Dass sie dennoch in der Zahl enthalten sind, ist erst einmal überhaupt nicht erkennbar. Dazu muss man zufällig auf andere Quellen gestoßen sein, etwa Vortragsfolien mit der Aussage „davon in der Lausitz: rund 7.700 Mitarbeiter - davon rund 580 Azubis“¹¹.
 - Ob Auszubildende mit den fest Angestellten vergleichbar sind, hängt von der jeweiligen Fragestellung ab. Bei Wertschöpfungseffekten (Einkommen, Konsumausgaben etc.) dürfte das nicht vollständig der Fall sein. Zudem können sie oft nicht oder nur befristet übernommen werden. Zieht man sie ab, erhält man die Größenordnung von etwas über 7000 direkt Beschäftigten in der gesamten Lausitz.
 - Nicht transparent ist dabei, ob und wie viele Mitarbeiter in der passiven Phase der Alterszeit enthalten sind. Sie können zwar zu Recht als „Beschäftigte“ aufgeführt werden, nicht aber als „durch die Braunkohle gesicherte Arbeitsplätze“. Denn die Nachfolger sind in der Regel bereits eingestellt und ihr Herausfallen aus der Statistik in wenigen Jahren vorprogrammiert.
 - In vielen Zusammenhängen kann es die Vergleichbarkeit erfordern, außerdem Teilzeitbeschäftigungen auf Vollzeitstellen (full time equivalent) umzurechnen. Der Unterschied

kann mehr als 5 % betragen, etwa bei Prognos 2011 (vgl. Tabelle 3)

- All diese Angaben beruhen auf Angaben des Braunkohlenunternehmens, das ein eigenes politisches Interesse hat, im Zweifel die jeweils höhere Zahl zu kommunizieren.

Neben Zahlen zum gesamten Kohlerevier, werden oft auch Zahlen zum sächsischen oder brandenburgischen Teil der Lausitz genannt. Für den 31.12.2004 ist eine Aufteilung der direkt Beschäftigten nach Wohnorten bekannt (Prognos 2005, S. 134ff). Zu diesem Zeitpunkt lebten 4190 Braunkohle-Beschäftigte in Brandenburg und 3033 im sächsischen Teil der Lausitz¹². In anderen Quellen zum Freistaat Sachsen ist die Aufteilung zwischen mitteldeutschem Revier und Lausitz oft nicht ersichtlich.

6. Gutachten der „Wirtschaftsinitiative Lausitz“

Im Oktober 2013 erstellte das ifo-Institut Dresden die Studie „Industrie- und Wirtschaftsregion Lausitz: Bestandsaufnahme und Perspektiven“ im Auftrag der Wirtschaftsinitiative Lausitz e.V. (WiL). Auch hier ist zu beachten, dass das Bergbauunternehmen Vattenfall die Gründung der WiL maßgeblich initiiert hat¹³, und der Vorstand von Vattenfall Europe Mining mit Michael von Bronk nach Dr. Hermann Borghorst den zweiten Vorsitzenden der WiL in Folge stellt. Ebenso ist die IG BCE offenbar die einzige Gewerkschaft, die Mitglied in der WiL ist¹⁴. Es muss daher hinterfragt werden, ob ein von der WiL beauftragtes Gutachten ergebnisoffen und unabhängig mit dem Thema Braunkohle umgehen kann.

In der Lausitzer Presse wird - auch bedingt durch die Pressemitteilung der Auftraggeber - die Summe direkter und indirekter Arbeitsplätze des „industriellen Schwerpunktes Bergbau und Energiewirtschaft“ mit 23.600 erwähnt¹⁵. Das suggeriert einen Bezug dieser Arbeitsplätze zur Braunkohleverstromung. Tatsächlich sind hier bereits

mehr als 9.000 andere Arbeitsplätze eingeflossen, darunter beispielsweise die LMBV oder der Windradhersteller Vestas. Vattenfall Europe Mining & Generation schlägt hier mit 7430 direkten und 7158 indirekten Arbeitsplätzen in der gesamten Lausitz zu Buche. (IFO 2013 S. 69) Auf die laut ifo-Institut begrenzte Aussagekraft indirekter Effekte wurde bereits verwiesen. Prognosen zu Arbeitsplätzen der Braunkohlewirtschaft in der Zukunft waren nicht Bestandteil der Studie.

Bemerkenswert angesichts der Auftraggeber sind allerdings die folgenden zwei Zitate. Bereits in der Einführung wird gewarnt:

„Die Wirtschafts- und Industriestruktur der Lausitz wird stark geprägt von den Sektoren Energie und Bergbau. Dies birgt Chancen, aber auch Risiken. So könnte im Zuge der Energiewende die für die Lausitz so wichtige Braunkohle und die damit verbundene Energieerzeugung zunehmend an Bedeutung verlieren.“ (IFO 2013, S.1)

In den Handlungsempfehlungen heißt es schließlich:

„Da Energie und Bergbau jedoch stark durch politische Entscheidungen auf EU- und Bundesebene beeinflusst sind, spricht vieles für eine stärkere Diversifizierung der regionalen Wirtschaftsstruktur als wichtige Ergänzung zur bedeutsamen Rolle der Braunkohle. Es müssen daher gerade auch für die anderen strukturprägenden Industriebranchen positive Rahmenbedingungen geschaffen werden. Dabei gilt es zu beachten, dass die Wirtschaft in der Lausitz eher kleinbetrieblich geprägt ist. (...)“ (IFO S. 123f.)

Vor der Beauftragung durch die Wirtschaftsinitiative Lausitz war die Wortwahl des Autors der Studie zur Braunkohle etwas deutlicher. Prof. Ragnitz im Interview im Februar 2013:

„Hier hat man sehr lange auf Braunkohle gesetzt. Ich bin skeptisch, ob Braunkohle in der Zukunft auch noch die Rolle spielen wird.“¹⁶

7. Wie gut bezahlt ist welcher Arbeitsplatz?

Die Tarifabschlüsse für die Vattenfall-Mitarbeiter sind oft Anlass, im Zusammenhang mit der Braunkohle von „gut bezahlten Arbeitsplätzen“ zu sprechen. Wo dies aber auch auf die indirekten Arbeitsplätze bezogen wird, stellt es eine (Selbst-) Täuschung dar. Vielmehr übt die Braunkohlewirtschaft als Auftraggeber einen enormen Kostendruck auf die Auftragnehmer aus. So stellte die IG Metall im Jahr 2013 zur Montage und Instandhaltung der Lausitzer Tagebaue und Kraftwerke durch Lausitzer Firmen fest,

„dass nur knapp ein Drittel der Belegschaften nach Flächentarif oder daran angelehnte Vereinbarungen bezahlt würde. (...) Der EMIS-Chef bestätigt jedoch den hohen Preisdruck der Einkaufsabteilung von Vattenfall. Manche der Aufträge könnten nur „mit einer schwarzen Null“ abgearbeitet werden.“¹⁷

8. Auslaufen des Tagebaues Cottbus-Nord

Gegen Ende des Jahres 2015 wird der Tagebau Cottbus-Nord die Kohleförderung beenden, den Beginn der Flutung des Restsees erwartet Vattenfall für 2018. Dadurch reduziert sich die Zahl der aktiven Tagebaue in der Lausitz von fünf auf vier. Bestimmte Arbeiten fallen so künftig in geringerem Umfang an, selbst wenn die Kohle durch verstärkte Förderung im Tagebaue Reichwalde (Sachsen) ersetzt werden sollte.

9. Sparprogramme der Unternehmensleitung

In der Mitarbeiterzeitschrift „Vattenfall magazine“ hieß es schon im Frühjahr 2012:

„Wir erwarten, dass Vattenfall in diesem Jahr durch noch intelligenteren Handel fast 150 Millionen Euro einspart. (...) Durch Erhöhung des Wettbewerbs unter unseren Lieferanten kann Vattenfall die Preise senken (...) Ziel für 2014 ist

es, die Betriebskosten um 296 Millionen Euro zu senken.“ („Vattenfall magazine“ April/Mai 2012, S. 25)

Das Zitat legt den Schluss nahe, dass bei indirekten Arbeitsplätzen zuerst gespart wird. Doch inzwischen macht die Kostensenkungsdebatte auch vor den direkt Beschäftigten nicht mehr Halt. Zwar sicherte das Vattenfall-Management öffentlich zu, dass „personelle Einschnitte im produktiven Bereich“ der Braunkohlesparte nicht geplant sind¹⁸. Dieser macht jedoch nur einen Teil der direkt Beschäftigten aus. So arbeiten derzeit im Tagebau Welzow-Süd lediglich 550 Beschäftigte, im Kraftwerk Schwarze Pumpe 174¹⁹. Servicebereiche, Instandhaltung und Verwaltung, die ebenfalls zu den direkten Beschäftigten zählen, dürften von der erwähnten Zusage dagegen nicht erfasst sein.

Zu bundesweiten Personal-Einsparzielen des Vattenfall-Konzerns gibt es in der Regel keine Angaben zu den konkreten Auswirkungen auf die Region Lausitz:

„Wieviele Jobs in unserer Region seither schon abgebaut wurden, wollten weder Vattenfall noch IG BCE kommentieren.“²⁰

10. Gipsindustrie an den Kraftwerksstandorten

An Lausitzer Kraftwerksstandorten haben sich gipsverarbeitende Unternehmen angesiedelt, die das bei der Rauchgasentschwefelung anfallende Kalziumsulfat verarbeiten. Verschiedentlich werden die Gipsfabriken als direkt vom Weiterbetrieb der Kraftwerke abhängig dargestellt. Tatsächlich wurden jedoch umfangreiche Gipsdepots in den Tagebauen Nochten und Jänschwalde angelegt:

„Entsprechend der Marktsituation der Baustoffindustrie kann nur ein Teil des Gipses direkt der weiteren Verarbeitung zugeführt werden. Der nicht direkt verwertbare Teil des REA-Gipses wird üblicherweise für eine spätere Nutzung bzw. zur Pufferung jahreszeitlicher Bedarfsschwankungen der Gips verarbeitenden Industrie in Gipsdepots zwischengelagert. (...) Aus heutiger Sicht wird davon ausgegangen, dass sich die Rückgewinnungsrate etwa in den gleichen Größenordnungen wie die Einlagerung bewegen wird, d.h. durchschnittlich ca. 300 kt/a“

Die von 1995 an zwischengelagerten Gipsmengen reichen daher nach der Außerbetriebnahme des jeweiligen Kraftwerkes noch für viele Jahre aus.

Quellenverzeichnis

¹ Bei Neubau mit CO₂-Abscheidung. Beim Bau eines herkömmlichen Kraftwerkes läge die Zahl lediglich bei 5290.

² Die kommunalen Braunkohle-Heizkraftwerke in Cottbus, Frankfurt/Oder und Senftenberg machten laut Prognos 2012, S. 52 etwa 90 Beschäftigte im Jahr 2010 aus. Hier würden andere Energielösungen ebenfalls Personal benötigen. Eine nähere Analyse würde das Gesamtbild kaum verändern.

³ Stellungnahme der Grünen Liga zum Entwurf der Energiestrategie, Februar 2012, S.9, http://www.lausitzer-braunkohle.de/Texte/energiestrategie_UGC_lang.pdf, Zugriff am 27.01.2015

⁴ vgl. Ergebnispräsentation zu Prognos 2012 am 25.01.2012, Folie 5

⁵ <http://www.kohlenstatistik.de/files/altersgliederung.xls>, Zugriff am 22.01.2015

⁶ Entspricht 10.559 Vollzeit Arbeitsplätzen (Prognos 2011, S. 14)

⁷ Vattenfall: Meinungsmache für Braunkohle in der Lausitz Wie eine finanzschwere Anzeigenkampagne politische Prozesse beeinflusst (Lobbycontrol, 25. April 2014), <https://www.lobbycontrol.de/2014/04/vattenfall-meinungsmache-fuer-braunkohle-in-der-lausitz/>

⁸ http://www.lausitzer-braunkohle.de/thema_arbeit.php; Zugriff am 27.01.2015

⁹ Braunkohlenplan Tagebau Welzow-Süd TA II, Begründung zu Ziel 1

¹⁰ Betriebsstätten Vattenfall Europe Mining & Generation, Niederschrift zur 83. Sitzung des brandenburgischen Braunkohlenausschusses, Anlage 5, Folie 5

¹¹ Gert Klocek: X. Deutsch-polnische Konferenz zu Energiefragen Su-lechow 22.11.2013 Präsentation auf: <http://emo.kylos.pl/lubuskaenergetyka.pl/images/lubuskaenergetyka/konferencja2013/prezentacja/12.gert.klocek-prezentacja-de.pdf>

¹² Damalige Kreise Bautzen, Görlitz, Hoyerswerda, Kamenz, Löbau-Zittau und niederschlesischer Oberlausitzkreis

¹³ Wirtschaftsinitiative bündelt Lausitzer Kräfte – gemeinsame Pressemitteilung von Vattenfall und BASF zur Gründung der WiL, 2.März 2009

¹⁴ <http://www.wil-ev.de/index.php/mitglieder.html>, Zugriff am 27.01.2015

¹⁵ Wirtschaftsinitiative Lausitz stellt ifo-Studie „Industrie- und Wirtschaftsregion Lausitz: Bestandsaufnahme und Perspektiven“ vor – Pressemitteilung 21.10.2013, Industrie trägt Lausitzer Wachstum – Lausitzer Rundschau, 22.10.2013, Die Lausitz, die Demografie bis 2030 und das Reallabor – Lausitzer Rundschau, 20.01.2015

¹⁶ „Mehr Geld, weniger Kohle“, Interview in der Lausitzer Rundschau, 28.02.2013

¹⁷ IG Metall: Vattenfall-Dienstleister zahlen zu wenig, Lausitzer Rundschau, 28. Juni 2013

¹⁸ <http://corporate.vattenfall.de/newsroom/pressemeldungen/presse->

[meldungen-import/kein-stellenabbau-in-tagebauen-und-kraftwerken/](#), Zugriff am 26.02-2015

¹⁹ Bericht über das Erarbeitungsverfahren zum Braunkohlenplan Tagebau Welzow Süd Band 3, Teil VII – Tabellarische Zusammenstellung der Anregungen und Bedenken und der Abwägungsvorschläge zur 2. Erörterungsveranstaltung -Heft 2. (S. 9)

²⁰ Vattenfall will offenbar weitere Stellen streichen, RBB-online, 04.02.2014, <http://www.rbb-online.de/wirtschaft/beitrag/2014/02/Vattenfall-Stellenabbau-Deutschland.html>, Zugriff am 27.01.2015

²¹ Antrag auf Genehmigung nach § 4 BImSchG für Errichtung und Betrieb eines Gipsdepots im Bereich des Depots Jänschwalde II, Vattenfall Europe Mining, 28.06.2012, S. 1.1-1 f.

Zitierte Studien

ATK 2011: Grundlagen für die Erstellung der Energiestrategie 2030 des Landes Brandenburg, A.T. Kearney/ Decision Institute, 15.11.2011

PROGNOS 2005: Energie- und regionalwirtschaftliche Bedeutung der Braunkohle in Ostdeutschland, im Auftrag der Vattenfall Europe AG, Dezember 2005

PROGNOS 2011: Bedeutung der Braunkohle in Ostdeutschland, im Auftrag der Vattenfall Europe AG in Zusammenarbeit mit der MI-BRAG mbH, September 2011

PROGNOS 2012: Untersuchung der energiestrategischen und regionalwirtschaftlichen Auswirkungen der im Rahmen der systematischen Weiterentwicklung der Energiestrategie des Landes Brandenburg untersuchten Szenarien in zwei Leistungspaketen, im Auftrag des brandenburgischen Ministeriums für Wirtschaft und Europaangelegenheiten, 30. Januar 2012

IFO 2013: Industrie- und Wirtschaftsregion Lausitz: Bestandsaufnahme und Perspektiven, ifo-Institut Dresden im Auftrag der Wirtschaftsinitiative Lausitz, Oktober 2013

Bildnachweis

Tobias Scheck - „Jänschwalde“ (CC BY 2.0)

Steffi Reichert - „Tagebau Lausitz“ (CC BY-NC-ND 2.0)

Annette Bouvain - „P1340181“ (CC BY-NC-ND 2.0)

Text:

Dipl.-Ing. (FH) René Schuster
Der Autor ist seit 1999 Mitglied des
Brandenburgischen Braunkohlenausschusses

März 2015

Kontakt:

Umweltgruppe Cottbus e.V.
Straße der Jugend 94
D-03046 Cottbus

www.kein-tagebau.de
umweltgruppe@kein-tagebau.de

Spendenkonto:

GLS Bank
BIC: GENODEM1GLS
IBAN: DE17 4306 0967 1145 3769 00